



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 15

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 175. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 5. Mai 2021

COVID-UNTERSTÜTZUNG FÜR KINDER UND FAMILIEN – BILDUNG NEU STARTEN

Schon im schulischen Normalbetrieb waren sich die ExpertInnen einig: Die Bildungschancen von Kindern sind im österreichischen Schulsystem stark davon abhängig, ob ihre Eltern über ausreichend Zeit, Bildung und Geld verfügen. Haben Eltern viel davon, kann dem eigenen Kind eine erfolgreiche Schullaufbahn ermöglicht werden. Kinder mit schlechteren Rahmenbedingungen sind deutlich im Nachteil. Diese Chancen-Ungerechtigkeit und Schiefelage im System Schule hat sich in der Corona-Krise verschärft. Noch mehr Bildungsarbeit wurde ins zu Hause der Kinder verlagert. Die Lernchancen waren noch mehr davon abhängig, ob Eltern beim Lernen unterstützen können und ob sie über das notwendige Geld verfügen, um kurzfristig einen Laptop zu kaufen, damit ihr Kind am Distance-Learning teilnehmen kann.

Aus der AK-Schulkostenstudie mit über befragten 1.600 Eltern, geht ganz klar hervor, dass Eltern durch das Homeschooling ihrer Kinder zusätzlich tief in die Tasche greifen mussten. Durchschnittlich gaben Familien 307 Euro aus, um Homeschooling möglich zu machen. Familien mit älteren SchülerInnen hatten höhere Ausgaben als Familien mit jüngeren Kindern.

Durch die Betreuungsunsicherheit während der Pandemie hat die Stress-Belastung der Eltern sehr stark zugenommen. Mehr als jedes zweite Elternteil (59 %) gibt an, durch die Betreuungsunsicherheit gestresst zu sein. Die Einschränkungen und der Stress zeigen auch schwere Folgen bei Kindern und Jugendlichen: Die psychische Gesundheit fast jedes dritten Kindes hat sich während der Corona-Pandemie verschlechtert. Kinder und Jugendliche sind gereizter und einsamer.

Obwohl sich die Schulstandorte und Lehrkräfte seit Herbst besser auf die Corona-Einschränkungen und distance-learning eingestellt haben, bleibt das Lernen zu Hause ein gewaltiger Kraftakt für Kinder, Eltern und LehrerInnen. Von Seiten der Bundesregierung beschränken sich die bildungspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie scheinbar auf das Auf- und Zusperrn von Schulen. Ein sicherer Schulbetrieb, der sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientiert, muss oberste bildungspolitische Priorität haben.

Forderung:

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert, **drei zentrale Rechte von Kindern und Jugendlichen** in der Corona-Krise sicherzustellen:

1.) Recht auf Bildungschancen!

Das verbleibende Schuljahr braucht eine vorausschauende Planung, weder Normalbetrieb noch dauerhaftes Distance-Learning werden den Kindern und Jugendlichen während der Pandemie gerecht. In diesem Schuljahr sollen Fördermaßnahmen flexibel von Schulen organisiert werden



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

können und finanzielle Mittel dafür vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Das angekündigte 200 Mio Euro Förderpaket muss rasch und unbürokratisch von der Bundesregierung umgesetzt werden. Dabei darf nicht auf die Berufsschulen vergessen werden – auch für sie braucht es eine Förderoffensive. Die AK fordert die rasche Umsetzung des Chancenindex, damit benachteiligte Schulstandorte zusätzlich helfende Hände einsetzen können. Die Bundesregierung muss ihr geplantes Pilotprogramm zum Chancenindex sofort umsetzen und deutlich aufstocken. Die Arbeiterkammer fordert die Ausweitung des Pilotprogramms von derzeit geplanten 100 auf mindestens 500 Schulen. Mittelfristig soll die bedarfsgerechte Schulfinanzierung nach dem AK-Chancenindex flächendeckend eingeführt werden.

2.) **Recht auf Sicherheit!**

Alle in Schulen Beschäftigte und SchülerInnen müssen umgehend für einen dauerhaft sicheren Schulbetrieb ausgestattet werden - Lernen in der Schule muss auch während der Pandemie sichergestellt sein. Es braucht Konzepte und -ausrüstung für Schulen, damit sicherer Unterricht im restlichen Schuljahr garantiert ist. Für die kommenden Schulmonate muss Schule verlässlich für alle Kinder möglich sein, egal ob sie im Distance Learning oder im Präsenzunterricht, im Schichtbetrieb oder in Betreuung sind.

3.) **Recht auf andere Kinder!**

In der COVID-Krise muss es für Kinder und Jugendliche besondere Regeln geben, die sie einhalten können und die nicht auf Kosten ihrer psychisch-emotionalen Gesundheit gehen. Es muss sichergestellt sein, dass Kinder während jeder Phase der Pandemie zumindest einzelne FreundInnen treffen dürfen. Schulen sind keine Verwahrungs- und Betreuungsstätten, sondern ein wichtiger Schlüssel für die kindliche Entwicklung. Die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hat sich während der Corona-Krise drastisch verschlechtert. Schule kann jetzt nicht einfach so weiterarbeiten wie zuvor. Denn schon vor der Krise hat vieles nicht funktioniert, und die Ausstattung der Schulen war vielerorts mangelhaft. Jede Schule braucht ein multiprofessionelles Team, um auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eingehen zu können. Gerade jetzt, nach den Schul-Lockdowns, muss die Bundesregierung jeder Schule zusätzliches Unterstützungspersonal wie etwa SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen zur Verfügung stellen, um die psychische Gesundheit der SchülerInnen zu stabilisieren.

Zur raschen **finanziellen Entlastung von Familien mit Schulkindern** in der COVID Krise fordert die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien:

- **200 Euro Bonus zur Familienbeihilfe** pro Schulkind – zusätzlich braucht es Antragswege für Familien mit Schulkindern, die aus der Familienbeihilfe rausfallen, z.B. subsidiär Schutzberechtigte
- **Einmalige Bonuszahlung** für alle, die SchülerInnenbeihilfe beziehen
- **Entlastung bei gestiegenem Datenverbrauch:** Durch Homeschooling, manchmal zeitgleich mit Homeoffice, haben Familien einen höheren Datenbedarf im Internet gehabt. Anwendungen, die für das Homeschooling gebraucht werden, sollen aus der Verrechnung des Datenverbrauchs ausgenommen werden. Dieses sogenannte „Zero-Rating“ wird von Netzbetreibern auch in anderen Fällen gewährt. So sind beispielweise bei verschiedenen Anbietern in manchen Tarifen Pakete enthalten, die die Nutzung von gewissen Anwendungen (wie Youtube, Spotify, Facebook und andere) erlauben, ohne dass dabei das verbrauchte Datenvolumen zum Gesamtverbrauch des Tarifs gezählt wird (Voraussetzung ist dabei die Nutzung der jeweiligen App). Die



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Bundesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende Vereinbarung für Mobilfunkverträge von SchülerInnen und Eltern mit Schulkinder mit den Netzbetreibern abzuschließen.

Die Corona-Krise zeigt die Schwächen des Schulsystems erneut in aller Schärfe auf. Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert den Lernort **Schule nach Corona** grundlegend unter folgenden Blickwinkeln zu erneuern:

- Jedes Kind bzw. Jugendliche soll in und von der Schule unterstützt werden und seine **Talente entfalten** können. Lernen und Förderung muss dort beginnen, wo das einzelne Kind bzw. der einzelne Jugendliche stehen.
- LehrerInnen wie SchülerInnen müssen so ausgestattet werden, dass moderner Unterricht möglich ist. Der **Digitale Wandel** findet laufend statt und wurde durch Corona weiter beschleunigt. LehrerInnen brauchen laufend Weiterbildung um SchülerInnen auf eine digitalisierte Arbeitswelt vorzubereiten.
- Notwendig sind Schulen, in denen LehrerInnen mehr Raum zum Üben mit ihren SchülerInnen bekommen; in denen **Lernen, Üben und Freizeit gut miteinander verbunden** werden können. Schulerfolg darf nicht von teurem Privatunterricht durch Nachhilfestunden abhängig sein. Schulen müssen so ausgestattet und organisiert werden, damit das möglich ist. Eltern sollen nicht länger unfreiwillige unausgebildete LehrerInnen zu Hause sein.
- **Ganztagsschulen in hoher Qualität** sollen jedem Kind und Jugendlichen österreichweit zur Verfügung stehen, das Angebot muss weiterentwickelt und ausgebaut werden. Zudem sollte über einen neuen „aufgabenorientierten“ Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden der laufende Betrieb von Ganztagsschulen finanziert werden, nicht nur die erstmalige Einrichtung.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich